

Die Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) – Die Jahre von der Wende zur Jahrtausendwende

von Gert G. Wagner*

1 Hintergrund

Die Längsschnittstudie SOEP – ein Haushaltspanel – wurde am Anfang der 80er Jahre überaus gründlich vorbereitet (vgl. die Beiträge von Krupp und von Schäfers, in diesem Heft, sowie Hanefeld 1987). So hat es dem SOEP dann nicht geschadet, dass es Anfang der 90er Jahre nicht mit einem Masterplan weiterentwickelt wurde, sondern es wurden Schritt für Schritt Herausforderungen erkannt und Gelegenheiten genutzt (vgl. auch Esser in diesem Heft). Dieses „Modell“ entspricht dem aller anderen Haushaltspanels in dieser Zeit. Der stete Kampf zur Bewältigung von Herausforderungen und um Finanzierungsmittel ist wahrscheinlich das Geheimnis erfolgreicher, viel genutzter Längsschnitterhebungen.¹ Freilich sollte die öffentliche Forschungsförderung daraus nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass stabile Rahmenbedingungen und langer Atem nicht notwendig seien. Das Gegenteil ist der Fall, wie das Schicksal der amerikanischen Vorbildstudie, der Panel Study of Income Dynamics (PSID), zeigt. Wenn die öffentliche Förderung (in diesem Fall die National Science Foundation, NSF) nicht mit langfristigem (Vertrauens-) Kapital ausgestattet wird und stattdessen permanent Zusatzgelder, die einen Großteil des Kernbudgets ausmachen, eingeworben werden müssen (im Falle der PSID z. B. zeitweise von der Citibank), wird dies im allgemeinen die Qualität einer Panel-Erhebung beeinträchtigen. Auch beim SOEP wird im Jubiläumsjahr 2008 wieder gründlich an neuerlichen Weiterentwicklungen gearbeitet und geplant (vgl. auch Wagner et al. 2007), wobei diese zusätzlichen Arbeiten nicht komplett von der Grundförderung gedeckt werden können.

Im Nachhinein betrachtet zeigt der Entscheidungsprozess rund um die Finanzierung der Ost-Stichprobe C, mit der die historisch einmalige Gelegenheit zur Repräsentation der deutschen Vereinigung in einer laufenden Längsschnittstudie ergriffen wurde, ein heute noch nicht ausgeräumtes grundsätzliches Problem der Sozial- und Verhaltenswissenschaften auf: die Forschungsförderung ist hier weniger bereit, riskante Vorhaben zu finanzieren, als dies in den experimentellen Naturwissenschaften der Fall ist (vgl. auch Schäfers in diesem Heft). Dies liegt an mehreren Gründen. Ein wichtiger ist der häufig mangelnde öffentliche „Glamour“ der behandelten Fragestellungen (während naturwissenschaftliche Experimente gelegentlich sogar den Anspruch erwecken, die Welt erklären zu können). Ein zweiter Grund liegt in der großen Uneinigkeit innerhalb der begutachtenden Peer-Groups und der geisteswissenschaftlichen Tendenz, nicht eindeutig „nein“ oder „ja“ zu

* DIW Berlin, E-Mail: gwagner@diw.de

¹ Dies bedeutete für das SOEP – nach einer Anfangsphase der ersten fünf Förderjahre – Konzentration sowie Effizienzsteigerungen aufgrund von deutlich niedrigeren Budgets ab dem 6. Förderungsjahr (vgl. Hanefeld und Schupp in diesem Heft).

sagen, sondern eher „ja, aber ...“. Mit dieser Kritik im Detail wird ein „Ja“ in den Augen Anderer häufig entwertet. Immerhin: Bei der Stichprobe C des SOEP galten diese Probleme nicht; so sehr wurde die historische Dimension der damaligen Zeit als einmalige Chance deutlich, dass auch einige ungeklärte surveymethodische Details das Vorhaben nicht zu Fall brachten. Bereits beim zweiten Sachproblem, das für alle langlaufenden Panels gilt und insbesondere für das SOEP in den frühen 90er Jahren entstand, nämlich die Erfassung der Veränderung der Grundgesamtheit durch (quantitativ bedeutsame) Zuwanderung, wurde aber in der üblichen Vorsicht diskutiert. Was am Ende freilich der Qualität der Erhebung gut getan hat – sie kam allerdings zwei bis drei Jahre später als es viele Forschende gewünscht hatten.

Im vorliegenden Aufsatz wird ganz überwiegend die Weiterentwicklung des SOEP im Zusammenhang mit der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ in Osteuropa und dem Fall der Mauer zwischen den damaligen deutschen Staaten historisch und autobiographisch – aus Sicht des Projektleiters – aufgearbeitet (Abschnitt 2). Dies ist über das SOEP hinaus zeitgeschichtlich interessant. Die methodisch verursachten Weiterentwicklungen des SOEP (ab 1998) werden nur kurz gestreift (Abschnitt 3). Der Schlussabschnitt fasst nicht zusammen, sondern reflektiert einige forschungspolitischen Probleme. Eine wissenschaftliche Gesamtschau der SOEP-Entwicklung seit 1984 wird hier nicht versucht und steht weiterhin noch aus.²

An dieser Stelle möchte sich der Autor bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SOEP-Surveygruppe in Berlin und München bedanken. Und bei vielen Kolleginnen und Kollegen in Berlin und anderswo. Ohne diese überaus engagierten Teams wäre eine Längsschnittstudie wie das SOEP niemals machbar.³

2 Die deutsche Vereinigung und das SOEP

Am Abend des 10. November 1989 – also einen Tag nach dem Fall der Mauer – sagte der SOEP-Projektleiter⁴ (sinngemäß) zu seiner Ehefrau: „Schade – jetzt ist das SOEP nicht mehr repräsentativ“.⁵ Trotz dieser frühen Einsicht war auch für ihn der Weg bis zur Konzeption und der Implementierung der Ost-Stichprobe des SOEP lang und keineswegs schnurgerade. Er war aber vorgezeichnet, denn das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, bei dem das SOEP angesiedelt war (vgl. Krupp und auch Zimmermann in diesem Heft), engagierte sich unter seinem im Frühjahr 1989 neu berufenen Präsidenten Lutz Hoffmann von Anfang an in der „Wiedervereinigungs-Forschung“.⁶

² Auch auf die finanzielle Komponente der SOEP-Entwicklung wird hier nicht eingegangen.

³ Das Nennen von Namen, die besonders wichtig waren und sind, soll einer besseren Gelegenheit vorbehalten bleiben.

⁴ Der Autor dieses Aufsatzes, Gert G. Wagner, übernahm am 1. Juli 1989 von Wolfgang Zapf, der das SOEP interimistisch geführt hatte, nachdem der Gründungs-Projektleiter (und Präsident des DIW), Hans-Jürgen Krupp, Finanzsenator in Hamburg wurde (vgl. Hanefeld und Schupp in diesem Heft), die Leitung des SOEP. Wagner hatte das SOEP als Mitglied im Sonderforschungsbereich 3 mit vorbereitet und in seiner Zeit als Geschäftsführer des Sfb 3 (1983 bis 1987) auch administrativ begleitet (bis Ende 1989 war das SOEP ein Teilprojekt des Sfb 3).

⁵ Diese private Anmerkung ist (leider) nicht durch eine Aktennotiz oder Ähnliches belegt.

⁶ Für Lutz Hoffmann war die Vereinigung persönlich ein ausgesprochener Glücksfall. Sie bescherte ihm nicht nur eine unverwechselbare Präsidenschaft (bis Ende 1999), sondern er konnte seine Instrumente und umfangreichen Erfahrungen als Entwicklungsökonom nun vor der eigenen Haustür anwenden. Mit Hoffmann und dem energischen Mitarbeiter Heiner Flassbeck, der bereits von Hans-Jürgen Krupp mit der Perspektive „Leitung der Konjunkturabteilung“ an das DIW geholt worden war, war das DIW gut aufgestellt, da auch auf Erfahrungen und Daten der „DDR-Abteilung“ des DIW zurückgegriffen werden konnte. Das alte Know-how und die neuen Perspektiven gerieten dabei sehr schnell gewaltig aneinander. Es war für junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im DIW eine spannende Zeit. Die erste Erwähnung eines Vereinigungsproblems, das absehbare Arbeitskräf-

2.1 Historische Pfade und Irrwege

Am 15. November 1989 hat der SOEP-Projektleiter erstmals in einer internen Aktennotiz an die „Ad hoc-Gruppe DDR-Forschung im DIW“ das Thema „mikroanalytische Sozial- und Wirtschaftsforschung in der DDR“ ins Spiel gebracht.⁷ Aus DIW-internen Gründen, d. h. mit Rücksicht auf den aus DIW-Sicht vermeintlich verengten mikroanalytischen Ansatz des SOEP, wurde in diesem Memo auch – wahrheitswidrig – behauptet, es ginge um einen „breiteren Ansatz“ als bloße „Panel-Forschung“.

Ausgangspunkt der Überlegungen war unmittelbar nach dem Fall der Mauer, als eine staatliche Wiedervereinigung noch keineswegs absehbar war, zunächst nicht eine Erhebung in der DDR, sondern die wissenschaftliche Bewältigung des Übersiedler-Phänomens in Westdeutschland innerhalb der SOEP-Erhebung. Die ursprünglichen SOEP-Stichproben waren allein schon aufgrund des Übersiedlerstroms aus der DDR, nicht mehr für alle in Westdeutschland Lebenden repräsentativ; zumal auch Aussiedler aus Osteuropa in großen Zahlen kamen. Laut Memo des Projektleiters vom 15.11.1989 wurde bereits vor dem Mauerfall mit Friedrich Buttler, IAB, und dem BMFT (Harald Uhl) über die Erhebung von DDR-Übersiedlern gesprochen. Diese Behauptung des Memos ist insofern historisch glaubhaft, da just am Tag des Mauerfalls Volker Ronge, ein Übersiedler-Forscher (der Universität Wuppertal) zu einem Vortrag zur Panel-Gruppe im DIW eingeladen war. Volker Ronge kannte die Surveyforschung sehr gut, da er selbst in jungen Jahren bei Infratest (am Ende als Geschäftsführer von Infratest Sozialforschung) gearbeitet hatte. Er kannte auch als einer der wenigen empirisch arbeitenden Forscher die Menschen in der DDR offensichtlich sehr gut. In Erinnerung geblieben sind seine damaligen Warnungen, dass wenn „nur die Hälfte von dem wahr sei, was Pädagogen und Psychologen über die nachhaltige Wirkung von Sozialisationsprozessen in der Kindheit und Jugend behaupten, dann würde die massenhafte Integration von sozialistisch sozialisierten Menschen im Westen zu großen Problemen führen“.

Laut Memo vom 15. November hatte auch bereits der Vorsitzende des SOEP-Beirats, der Kölner Soziologe Hartmut Esser, in Sachen Übersiedler „Kontakte mit dem innerdeutschen Ministerium aufgenommen“. Leitung und Kollegen aus anderen Fachabteilungen des DIW haben auf dieses Memo schlicht nicht reagiert. Insofern hatten diejenigen SOEP-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Recht, die das Memo DIW-intern für einen völlig falschen Weg hielten. Auf diesem Wege könne man nichts erreichen. Alles was in der Tat konkret geschah war die Mitarbeit des Projektleiters in verschiedenen DIW-internen Arbeitsgruppen, die sich mit Fragen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung beschäftigten.⁸

te-Pendeln von Ost- nach Westdeutschland, erfolgte übrigens in einem SOEP-basierten „Wochenbericht“ zum Thema „Geringfügige Beschäftigung“ (vgl. Schupp/Schwarze/Wagner 1989). Lutz Hoffmann war auch einer der wenigen Förderer des SOEP im damaligen DIW. Das SOEP hatte zwar nur wenig mit seinen persönlichen Forschungsinteressen zu tun, aber Hoffmann erkannte die Bedeutung des SOEP und war bei seiner Entwicklung behilflich. Mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Klaus F. Zimmermann (im Jahr 2000) wurde dann ein intensiver Nutzer und aktiver Vorsitzender des SOEP-Beirats DIW-Präsident, den das SOEP nicht nur als Präsident, sondern als Forscherpersönlichkeit interessierte und interessiert.

7 Adressaten waren die Leiterin der „DDR-Abteilung“ Dr. Doris Cornelsen sowie Dr. Horst Seidler (Leiter der Konjunktur-Abteilung und von 1982 bis 1989 auch der für das SOEP „zuständige“ Abteilungsleiter im DIW; vgl. dazu Hanefeld und Schupp in diesem Heft), Abteilungsleiter Dr. Reinhard Pohl (Geldpolitik), Präsident Prof. Dr. Lutz Hoffmann sowie die Mitarbeiter Dr. Heiner Flassbeck (Konjunktur), Kurt Geppert (Berlinfoorschung) und Dr. Frank Stille (Strukturberichterstattung).

8 Dem DIW kam in dieser Zeit natürlich seine exponierte Berliner Lage zugute. Denn die Faszination der neuen sich abzeichnenden Möglichkeiten strahlte auf die Sozial- und WirtschaftsforscherInnen dieser Stadt ungleich mehr aus als im Rest der Bundesrepublik. Diese Erfahrung machte man leicht, wenn man mit KollegInnen des ehemaligen Sonderforschungsbereichs 3 in Frankfurt am Main (vgl. Hanefeld und Schupp in diesem Heft) oder

Es tat sich immerhin etwas in der Umfragen-Szene. Mit Rundschreiben vom 20. November 1989 hat das EMNID-Institut u.a. dem DIW die „Befragung von DDR-Bürgern in West-Berlin“ angeboten. Außerdem wurde angekündigt: „Es ist in Vorbereitung, Ihnen in Kürze Repräsentativbefragungen in der DDR anbieten zu können“.⁹

Schließlich wurden in einer besonderen Sitzung des DIW-Kollegiums der Abteilungsleiter und des SOEP-Projektleiters (wie üblich zusammen mit dem DIW-Präsidenten) am 5. Januar 1990 Vorschläge für DDR-bezogene Projekte bzw. Gutachten diskutiert (laut einem Memo des SOEP-Projektleiters bezog sich die Sitzung auf ein Schreiben des DIW-Präsidenten vom 22. Dezember 1989 im Hinblick auf „DDR-Arbeiten“). Die SOEP-Projektgruppe schlug dabei dem gesamten DIW ein Übersiedler-Panel vor (für das beim Wirtschaftsministerium, welches das DIW auf Bundesseite finanzierte und noch immer finanziert, „geworben“ werden sollte).

Daneben wurde als Projekt der „Panel-Gruppe“ – wie die SOEP-Projektgruppe damals DIW-intern hieß – ein „Arbeits- und Lebenslagen-Survey in der DDR“ vorgeschlagen.¹⁰ Das Konzept sah eine reine Querschnitts-Erhebung vor. Um innerhalb des DIW für diese – den Makro-Ökonomen vollständig fremde – Idee zu werben wurde behauptet, dass ein „derartiger Survey (...) natürlich gut in eine künftige deutsch-deutsche Strukturberichterstattung passen“ würde, also in einen der großen Aufträge, die das BMWi an das DIW regelmäßig vergab.¹¹

Am 6. Januar 1990 wurde dem Bonner Wirtschaftsministerium die Projektidee eines „Querschnittsurveys“ genannt. Aus den vorliegenden Akten ist es nicht rekonstruierbar,

auch mit KollegInnen bei GESIS in Mannheim und Köln telefonierte. Im WZB war sicherlich auch eine vergleichbare frühe Aufbruchstimmung und Neugier auf den „Ostteil“ Deutschlands zu erkennen wie im DIW.

9 Eine echte Fußnote der Geschichte ist ein mit Datum 27. Dezember 1989 datierter Briefentwurf des SOEP-Projektleiters an Bernhard von Rosenblatt, in dem angefragt worden wäre, ob Infratest – unentgeltlich – im Rahmen der Wahlforschung die Vorstellungen der „DDR-Bevölkerung“ bezüglich eines „erhaltenswerten ‚Sozialistischen Erbes‘ (also Elemente des ‚Dritten Weges‘)“ erheben könnte. Laut Briefentwurf ging es – „in Rücksprache mit unserer DDR-Abteilung“ – um die Präferenzen bezüglich der Erhaltung der „Kinderbetreuung für berufstätige Mütter, das Schulsystem, das Weiterbildungssystem und innerbetriebliche Arbeitslosigkeit versus Arbeitslosenversicherung“. Die Ideen des Projektleiters in Richtung Mitgestaltung des „Dritten Wegs“, u. a. mit Hilfe der Methode der sich in einer Sackgasse befindlichen Mikrosimulation, wurden auch in einem Memo vom 4. Januar 1990 an Kollegen im DIW deutlich, in dem als eine Aufgabe für einen „Arbeits- und Lebenslagen-Survey in der DDR“ u. a. genannt wurde: „Ein entsprechender Survey könnte insbesondere dazu dienen, repräsentativ zu ermitteln, in welchen konkreten Bereichen die DDR-Bürger ein ‚sozialistisches‘ bzw. ‚soziales Erbe‘ bewahrt sehen möchten. (...) Eine möglichst genaue Kenntnis der Wünsche der DDR-Bürger ist (...) für eine zielgerichtete De-Regulierung vieler der bislang öffentlich bzw. betrieblich geregelten Lebensbereiche notwendig“.

10 Als weitere Projekte, die nicht als Forschungs-Infrastruktur dienen sollten, sondern inhaltlich motiviert waren, wurden mit Memo vom 4.1.1990 vorgeschlagen: Auswirkungen der DDR-Entwicklung auf den Generationenvertrag in der DDR und der BRD (Bearbeiter: Ellen Kirner und Gert Wagner); Marktwirtschaftliche Möglichkeiten für eine erziehungsfreundliche Erwerbsarbeit in der DDR und der BRD (Bearbeiter: Gert Wagner, Ellen Kirner und Johannes Schwarze); Abschätzung der Struktur einer anreizkompatiblen Lohnstruktur in der DDR (Bearbeiter: Johannes Schwarze und Gert Wagner); sowie Konzept für eine Arbeitsverwaltung und Arbeitslosenversicherung in der DDR (Bearbeiter: Gert Wagner). Kein einziges dieser Projekte wurde vom BMWi finanziert; aber die Projekte zum Generationenvertrag, zur erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit und zur Lohnstruktur wurden als Eigenprojekte des DIW bzw. des SOEP realisiert (vgl. z. B. den DIW-Wochenbericht zum Thema „DDR – Übergang zum neuen Rentensystem ist schwierig“ von Kirner, Vortmann und Wagner 1990). Der Kauf der Mikrodaten der „Arbeiter- und Angestellten-Stichprobe 1988“ der DDR vom Statistischen Amt der DDR war eine echte Maßnahme für den Ausbau der Forschungs-Infrastruktur (vgl. Krause und Schwarze 1990, Frick et al. 1991). Gedankt sei an dieser Stelle besonders Renate Münnich (Statistisches Amt der DDR, später Statistisches Bundesamt), Ekkehard Sachse und Michael Steinhöfel (beide HFÖ).

11 Außerdem hieß es: „Nebenbei: Der Survey könnte auch Anlaß sein, mit den Statistikern in der DDR ins Gespräch über eine mögliche Gestaltung der Beziehungen zwischen amtlicher Statistik und der Wirtschafts- und Sozialforschung in der DDR zu kommen. So ist z. B. in der DDR ein unabhängiges Statistisches Amt dringend notwendig“.

aber offenkundig gewann die Idee einer frühzeitigen Erhebung im Gebiet der DDR immer mehr an Bedeutung; die singuläre Erfassung der Übersiedler geriet in den Hintergrund.

Als logische Verlängerung des Rufs der Leipziger Montagsdemonstration „Deutschland einig Vaterland“ trat zunehmend ins Bewusstsein, dass eine gesamtdeutsche Haushaltspanelstudie den sich abzeichnenden Transformationsprozess am ehesten nachzuzeichnen vermag. Am 2. Februar 1990 berichtete der Projektleiter der Panel-Gruppe (vom „SOEP“ als Abkürzung war noch nicht die Rede!) in einem Memo über „Perspektiven nach einem Gespräch mit dem BMFT“. Dieses fand am Rande einer Kuratoriumssitzung des WZB am 1. Februar mit Harald Uhl und seinem Abteilungsleiter, Herrn Ministerialdirigenten Knoerich, statt. Im Memo spielen die Betreuung von Gästen, insbesondere auch aus der DDR und die dafür notwendige PC-Ausstattung eine aus heutiger Sicht merkwürdig dominierende Rolle. Bedeutsam ist der Satz im Memo: „Bezüglich des Arbeitsmarkt- und Lebenslagensurveys, der beim Bundeswirtschaftsministerium wahrscheinlich nur kleine Finanzierungschancen hat, hat sich eine interessante Perspektive ergeben. Uhl und Knoerich konnten berichten, dass auch beim BMFT Sondermittel für DDR-Forschung bereitgestellt werden. Beide können sich im Grundsatz vorstellen, dass aus diesen Mitteln ein Arbeitsmarkt- und Lebenslagensurvey finanziert wird. (...) Da es beiden darauf ankommt, dass ein solcher Survey keine Singularität darstellt, ist es wichtig zu wissen, dass die Gruppe um Zapf am WZB plant, den Wohlfahrtssurvey 1992 auf die DDR auszudehnen.¹² Ich schlage vor [der Projektleiter], dass wir zusammen mit Zapf prüfen, ob noch im Jahr 1990 gemeinsam ein Arbeitsmarkt- und Lebenslagensurvey durchgeführt werden könnte. Die Kooperation von Zapf mit dem Institut für Soziologie und Sozialpolitik und unsere anlaufende Kooperation mit Prof. Ekkehard Sachse, Hochschule für Ökonomie (Berlin), bietet meines Erachtens exzellente Voraussetzungen.“

Die Idee eines Panels wurde aber auch in dieser Besprechung eher für eine Übersiedler-Stichprobe gesehen. Es heißt weiter im Memo: „Das Problem von Zuwanderern für unsere Panel-Stichprobe haben Uhl und Knoerich von sich aus angesprochen. Uhl wurde wohl insbesondere auch von Herrn Esser [dem Vorsitzenden des SOEP-Beirats] sensibilisiert. (...) Beide sind der Ansicht, dass als Ergänzung des Sozio-ökonomischen Panels eine Zuwanderer-Stichprobe (wohl hauptsächlich von Aus- und Übersiedlern) notwendig ist. Das wäre unsere Stichprobe C.“ Das sollte sich noch als ein grandioser Irrtum herausstellen: Stichprobe C wurde die „DDR-Stichprobe“; die Zuwanderer-Stichprobe (Sample D) hat dann noch – nicht zuletzt aufgrund von detaillierten methodologischen Bedenken des SOEP-Beirats – vier Jahre auf sich warten lassen.

Abschließend heißt es in dem Memo zur Besprechung vom 1. Februar 1990: „Herr Uhl schlägt vor, dass wir zu diesem Thema [d. h. dem Zuwanderer-Panel – nicht jedoch zum Arbeits- und Lebenslagensurvey], noch im Februar (!) eine Sitzung des neuen Panel-Beirats einberufen“. Das heißt, das BMFT schlug für ein Gremium, das der Grundlagenforschung dient, ein enormes Tempo an (realisiert wurde die Sitzung dann immerhin am 13. März). Im Memo heißt es weiter: „Bei aller Skepsis, die man gegenüber dieser ‚Euphorie‘ aufbringen muß, sollten wir gleichwohl zügig an erste Ideenskizzen für das Design eines Zuwanderer-Panels gehen. Wir können am 7.2. [beim planmäßigen Jour Fixe] ein erstes Brainstorming veranstalten“.

12 Anmerkung: Finanziert im Rahmen des DFG-Normalverfahrens. Aber auch hier gab es eine deutliche Beschleunigung der Ereignisse und bereits im November 1990 ging der „Wohlfahrtssurvey Ost“ ins Feld.

Die Überlegungen in der SOEP-Gruppe richteten sich schließlich offenbar gleichermaßen auf die Übersiedler- wie die DDR-„Problematik“. Am 8. Februar 1990 wurde mit Brief an Herrn Uhl, BMFT, die Machbarkeit eines Arbeitsmarkt- und Lebenslagersurveys avisiert. Auch wurde gesagt, dass dieser vom Wohlfahrtssurvey 1992 gefolgt werden könne. Und schließlich wurde der Satz geschrieben: „Man kann auch den gegenwärtig noch kühnen Gedanken nicht völlig ausschließen, das Sozio-ökonomische Panel auf die DDR auszuweiten. Ein Arbeitsmarkt- und Lebenslagersurvey wäre auch ein Pre-Test für den Beginn eines DDR-Panels“. Am 12. Februar 1990 hat Bernhard von Rosenblatt telefonisch von einer Kooperation Infratests mit einem DDR-Institut (einer damals als „joint-venture“ bezeichneten Zusammenarbeit mit der Abteilung Soziologische Forschung im Rundfunk des DDR) berichtet.¹³

Am 13. Februar 1990 kreuzten sich zwei Briefe (ob dies telefonisch abgesprochen war, ist heute nicht mehr rekonstruierbar). Herr Uhl schreibt an den Projektleiter: „Ich danke für Ihr Schreiben vom 08. Februar d. J. mit der Skizze eines Arbeitsmarkt- und Lebenslagersurveys in der DDR. Ich habe den Eindruck, dass es sich dabei um ein kurzfristig realisierbares Vorhaben mit verhältnismäßig geringen Zusatzkosten handelt und möchte Sie deshalb bitten, einen entsprechenden Antrag an den BMFT zu richten. Ich füge die erforderlichen Vordrucke bei“.¹⁴ Am 13. Februar unterrichtet auch der Projektleiter Herrn Uhl brieflich: „Eine rasche Aufstockung des Sozio-ökonomischen Panels um Zuwanderer ... erscheint inzwischen verfrüht zu sein, da die gesamtdeutsche Entwicklung derart rasch voranzuschreiten scheint, dass eine Zuwanderer-Stichprobe rasch wiederum veralten könnte. Zum einen ist es möglich, dass es in höherem Ausmaße als gegenwärtig vorstellbar, wieder zu Rückwanderungen kommt; zum anderen wird man bei einer staatlichen Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auch daran denken müssen, das Sozio-ökonomische Panel auf das jetzige Gebiet der DDR auszuweiten“. Und weiter heißt es: „Der von uns mit Brief vom 2.2.1990 vorgeschlagene Arbeitsmarkt- und Lebenslagersurvey in der DDR könnte für ein derartiges Projekt als Pre-Test dienen“.¹⁵ Abschließend wird gleichwohl betont, dass es sinnvoll sein könnte, Adressen von Übersiedlern für künftige Verlaufsuntersuchungen zu sichern. Als Termin für eine Beirats-Sitzung wird der 12. März ins Auge gefasst. Der Brief gelangt unverzüglich nach Bonn. Am 14. Februar hat das BMFT telefonisch ermuntert, den SOEP-Beirat so schnell wie möglich zusammenzurufen. Am 15. Februar 1990 wurde ein erstes Gespräch mit den aus dem Sfb3 vertrauten Kollegen der Zapf-Gruppe am WZB geführt, die bereits gewachsene¹⁶ Kontakte zum ISS¹⁷ hatte. Am 15. 2. waren die Vorklärunen soweit gereift, dass Jürgen Schupp, der Survey-

13 Am 9. Februar hat der Staatsrat der DDR eine „Bekanntmachung über Maßnahmen zur Neugestaltung von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Bevölkerungsbefragung und der Meinungsforschung“ für verbindlich erklärt (Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 17, 16. März 1990: 155 f.). Damit waren rechtsstaatliche Grundsätze der Freiwilligkeit und Anonymität gesichert.

14 Die AZA-Förderung sollte auch viel später (1999 sowie 2006 und 2007) wieder eine enorme Rolle für das SOEP spielen.

15 Der Brief vom 2.2. ist in den verfügbaren Akten nicht abgelegt; diese wurden ohnehin nie im Hinblick auf Geschichtsschreibung akribisch geführt. Es könnte auch sein, dass es sich um einen Tippfehler handelte und der Brief vom 8.2.1990 gemeint war.

16 Im Sommer des Jahres 1989 veranstalteten Roland Habich und Wolfgang Zapf eine internationale Konferenz zu „Subjective Well-Being“. Dort traten – zu einer Zeit als bereits in Ungarn die ersten Urlauber durch die geöffneten Lücken des Eisernen Vorhangs schlüpfen – auch Horst Berger und Eckhart Priller als Referenten aus der ehemaligen DDR auf. Sie mussten sich damals vor allem sehr kritische Worte der aus den USA angereisten Sozialwissenschaftler anhören; aber für die SOEP-Gruppe, namentlich Jürgen Schupp, bot diese Konferenz am WZB eine der ersten Gelegenheiten, empirische arbeitende Sozialforschern in der Kaffeepause auch informell kennen zu lernen. Diese Kontakte waren einige Monate später von extremer Wichtigkeit, persönlich einen Schnellkurs in Sozialstrukturanalyse DDR zu erhalten.

17 Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR. Vgl. dazu z.B. auch Zapf (1998: 513 und 516 ff.).

Manager des SOEP, Infratest Sozialforschung (Bernhard von Rosenblatt) gebeten hat, ein belastbares Angebot für einen Arbeitsmarkt- und Lebenslagensurvey in der DDR zu erstellen.¹⁸ Noch wird das Wort „erste Welle“ einer Ost-Stichprobe des SOEP nicht wirklich ausgesprochen. Ebenso wie im Briefverkehr mit dem BMFT wird dieser Survey als erster Querschnitt einer Reihe von später folgenden Wohlfahrtssurveys interpretiert. Aus heutiger Sicht war das geplante Timing allerdings irritierend, da es das eigentliche Potential einer ersten Panel-Welle verschenkt hätte: „Die wichtige Frage des Zeitpunkts der Befragung ist wegen der historisch dynamischen Situation nur schwer zu beantworten. Auf jeden Fall ist beabsichtigt, wenn sich abzeichnet, dass eine Währungsunion BRD/DDR rasch kommt, dieses Ereignis abzuwarten“.

Am 20.2.1990 wird der Vorsitzende des SOEP-Beirats, Hartmut Esser, brieflich unterrichtet: „Zum geplanten ‚Arbeitsmarkt- und Lebenslagensurvey in der DDR‘ ist noch zu sagen, dass die erste Idee dazu im DIW Anfang Januar entwickelt wurde. Also zu einem Zeitpunkt als noch nicht an eine rasche staatliche Vereinigung beider deutscher Staaten gedacht wurde. Wie Sie dem Brief an Herrn Uhl in dieser Sache entnehmen können, wird dieser Survey inzwischen von uns auch ganz stark unter dem Gesichtspunkt eines methodisch wichtigen Pre-Tests gesehen. Die Arbeitsgruppe Herrn Zapfs wird dabei – wenn die Finanzierung klappt – mitmachen. Mitte dieser Woche wird Herr Schupp in Ost-Berlin die ersten konkreten Gespräche über die Fragenbogenentwicklung mit unseren ostdeutschen Kooperanden führen“.

Am 21. Februar 1990 besuchen Roland Habich und Jürgen Schupp Eckard Priller und Wilhelm Hinrichs in Ost-Berlin. Am 6. März legt Infratest ein Angebot für einen „Arbeits- und Lebenslagensurvey in der DDR“ vor. Dabei wird Bezug genommen auf die Zusammenarbeit des SOEP mit der Arbeitsgruppe Sozialindikatoren des WZB. Die Erhebung solle in Zusammenarbeit mit dem „Sozialforschungsbereichs des Rundfunks der DDR“ durchgeführt werden. Die Kosten würden sich für 2000 realisierte Haushalte auf 148 000 DM belaufen. Unter Berücksichtigung eines Infratest-Eigenbeitrags wurde der Survey für 138 000 DM (plus Mehrwertsteuer) angeboten.¹⁹

Entscheidend wird die kommende Beiratssitzung sein. Sie war allein deswegen etwas Besonderes, weil mit der neuen Finanzierung des SOEP – im „Normalverfahren“ der DFG, aber mit Bund-Länder-Sonderfinanzierung („BLK-Finanzierung“) für die DFG (vgl. Hanefeld und Schupp in diesem Heft) – ein neuer Beirat konstituiert werden musste (vgl. zur personellen Besetzung des Beirats Anhang 1 in diesem Heft). Dieser Beirat, der sich in seiner neuen Zusammensetzung nicht kannte, musste sich auf seiner ersten Sitzung am Dienstag, den 13. März 1990 (also fünf Tage vor der ersten freien Wahl in der DDR) gleich mit der innerdeutschen Entwicklung beschäftigen. Zu diesem Zweck hatte die Panel-Gruppe die Kollegen aus der DDR eingeladen, mit denen bereits Arbeitskontakte geknüpft worden waren.²⁰ Zur Sitzung, die im neuen Gebäude des WZB am Reichpietschuer stattfand, kamen Horst Berger, Wilhelm Hinrichs und Eckard Priller (alle Institut

18 Am 16. Februar wurde auch das EMNID-Institut um ein Angebot gebeten.

19 Mit Datum 9.3.1990 legt auch EMNID ein Angebot für 125 000 DM (plus/minus 10%) vor.

20 Die formale Einladung erfolgte mit Brief des Projektleiters vom 6.3.1990 an Eckard Priller. Auch in diesem Brief war noch nicht von einer ersten Welle des SOEP in der DDR die Rede, sondern von einem „repräsentativen sozialwissenschaftlichen Arbeitsmarkt- und Lebenslagensurvey“.

für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin/DDR) sowie Michael Steinhöfel (Hochschule für Ökonomie, Berlin/DDR).^{21,22}

2.2 SOEP-Stichprobe C: Privathaushalte in der DDR

Bei der Beiratssitzung am 13. März 1990 wurde „Das SOEP in einem sich einenden Deutschland“ erst unter Top 7 behandelt. Denn zuerst einmal musste der Beirat sich konstituieren und die Entwicklung der westdeutschen Stichproben kritisch diskutieren. Dazu lag ein sechsstufiges Papier vor, das mit Datum vom 5.3.1990 versehen war.²³ Aus Sicht der Projektgruppe ergaben sich durch den deutschen Vereinigungsprozess nach wie vor zwei gleichgewichtige Probleme für das SOEP: die ausreichende Repräsentation von Übersiedlern aus der DDR in die BRD sowie die Repräsentation der Bevölkerung in Ostdeutschland im SOEP. Aber spätestens im März war der SOEP-Gruppe klar, je früher mit einer „gesamtdeutschen“ Erhebung begonnen wird, um so eher kann auch das „Übersiedler-Problem“ als Analyse von „regionaler Mobilität“ mit den normalen SOEP-Weiterverfolungsregeln untersucht werden. Das Protokoll vermerkt: „Der Beirat vertritt nach einer eingehenden Diskussion die Auffassung, dass spezielle Immigrationsstudien nicht in den Aufgabenbereich des SOEP fallen“. Und eine umfassende Zuwanderer-Stichprobe sei nicht methodisch sauber ziehbar. Insofern würde eine vom IAB geplante Längsschnitt-Zuwanderer-Stichprobe ausreichen, um die Übersiedler-Problematik wissenschaftlich zu untersuchen. Dieser Hinweis war mit dem Leiter des IAB, Friedrich Buttler, der auch Mitglied im SOEP-Beirat war, telefonisch abgesprochen, damit der Weg für die spätere Stichprobe C des SOEP leichter gangbar wurde. Die lange vorbereitete und ventilierte Idee eines Übersiedler-Panels konnte so elegant zurückgestellt werden (ohne dass sie vergessen ging; vgl. Abschnitt 2.3 unten), um den Weg für ein „Sozio-ökonomisches Panel in der DDR“ frei zu machen. Der Beirat musste dann nicht lange überzeugt werden – im Gegenteil. Das Proto-

21 An einem Detail der Teilnehmerliste ist der innerdeutsche Umbruch innerhalb des DIW erkennbar: das Protokoll nennt Hans M. Duseberg als Teilnehmer aus dem DIW. Er war einer der ersten, der die Zeichen der Zeit erkannt hatte, und deswegen seine DIW-Abteilung („DDR und östliche Industrieländer“), die keine Zukunft mehr hatte, verlassen hatte und zur Panel-Gruppe wechselte, die unter alteingesessenen DIW-lern als mikroanalytisch orientierte Gruppe noch immer mit großer Skepsis betrachtet wurde (vgl. dazu Krupp in diesem Heft).

22 Wie schwierig der Umgang mit der neuen Zeit war macht sich in der persönlichen Erinnerung des Projektleiters an einem Detail fest: Unter einigen der westberliner und westdeutschen Teilnehmer der Beiratssitzung gab es beim Kaffee die Frage „Musste das sein, dass jemand aus der Akademie der Wissenschaften eingeladen wurde?“. Aber am Ende spielten aufgrund sachlicher Überlegungen derartige Bedenken keine Rolle. Berger, Hinrichs und Priller zählten später auch zu den wenigen ehemaligen Akademie-Sozialwissenschaftlern, die in eine westdeutsche Forschungseinrichtung (dem WZB) auf entfristete Stellen übernommen wurden (vgl. auch Zapf 1998: 518 ff.), während Michael Steinhöfel, nach einigen gemeinsamen Publikationen mit Mitarbeitern des SOEP (Gornig et al. 1990, Frick und Steinhöfel 1992) in die Praxis (nämlich die Personalwirtschaft) wechselte. Sein Chef an der HfÖ war der VWL-Professor Ekkehard Sachse. Der SOEP-Projektleiter hatte in der Tat wenig Scheu einer Zusammenarbeit mit DDR-Kollegen (was wiederum bei einigen Kollegen im DIW auf – durchaus nachvollziehbare – Skepsis stieß). Dadurch haben sich auch eine Reihe von Publikationen ergeben: Zum künftigen Finanzierungsverfahren und Leistungsspektrum des Kranken- und Unfallversicherungssystems in der DDR, in: Finanzwirtschaft/DDR, 44. Jg., Heft 7, 1990, S. 24–26 (zusammen mit Birgit Frischmuth, Renate Robinski, Volker Meinhardt, Joachim Volz und Heinz Vortmann); Kindererziehung und Erwerbsarbeit - marktwirtschaftliche Möglichkeiten einer erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit in Deutschland, in: Wirtschaftswissenschaft/DDR, 38. Jg., Heft 9, 1990, S. 1242–1261 (zusammen mit Notburga Ott, Heidrun Radtke und Wera Thiel); in gekürzter Fassung nachgedruckt unter dem Titel „Marktwirtschaftliche Möglichkeiten einer erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit in Deutschland“ in: Sozialer Fortschritt, 39. Jg., Heft 7, 1990, S. 152–157; Die Sozialversicherung der DDR - wie und in welchem Maße muß sie neu gestaltet werden? in: Arbeit und Arbeitsrecht (DDR), 45. Jg., Heft 6, 1990, S. 137–139 (zusammen mit Birgit Frischmuth, Ellen Kirner, Gudrun Malze, Volker Meinhardt, Günter Radtke, Renate Robinski, Wera Thiel, Joachim Volz und Heinz Vortmann).

23 Gert Wagner, „Zur Situation des Sozio-ökonomischen Panels in einem sich einenden Deutschland“. Aus heutiger Sicht fällt dabei die Schreibweise mit „ö“ auf; zumal im Protokoll, das nach der Sitzung geschrieben wurde, bereits das „oe“ benutzt wird. Dokumentiert in Schupp und Wagner (2008). Die Anregung für das „oe“ stammte von Joachim Frick, dem späteren Data Operations Manager. Er hat sich nicht nur mit der ingeniosen Abkürzung für das SOEP verdient gemacht hat. Die „Erfindung“ des „oe“ war aber ganz besonders bedeutsam.

koll hält dazu fest: „Als extrem wichtig erachtet der Beirat die möglichst rasche Sicherung einer Stichprobe für Längsschnittstudien auf dem Gebiet der DDR“. In Gesprächen war diese Möglichkeit – über den Arbeitsmarkt- und Lebenslagenurvey hinaus – mit Infratest Sozialforschung auch schon ausgelotet worden. Im Protokoll heißt es weiter: „Herr Rosenblatt berichtet über die Kooperation von Infratest mit Umfrageinstituten in der DDR und bewertet die Möglichkeit der Ziehung einer echten Zufalls-Adressen-Stichprobe sowie die Voraussetzungen für die Feldarbeit in der DDR als äußerst positiv“.

Weiter heißt es kurz und knapp: „Herr Wagner berichtet, dass in Zusammenarbeit mit der Sozialindikatoren-Gruppe am WZB [also der Gruppe um Wolfgang Zapf und Roland Habich] sowie mit Soziologen des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) der Akademie der Wissenschaften in Berlin/DDR und Arbeitsmarktforschern der Hochschule für Ökonomie in Berlin/DDR sehr rasch eine erste Welle eines möglichen DDR-Panels konzipiert und durchgeführt werden könne. Es sei wahrscheinlich möglich noch vor der Realisierung der Währungsunion Daten zu erheben“. Ohne dass eine längere Diskussion vermerkt wäre, die es natürlich aber gab, heißt es dann: „Der Beirat unterstützt mit Nachdruck diese Möglichkeit, nahezu einmalige Verlaufsdaten in der DDR im Rahmen des SOEP zu erheben, wobei die Fragenprogramme für die BRD und die DDR in den ersten Jahren nicht identisch sein müssten bzw. sollten. Der Beirat hält die organisatorische Integration eines DDR-Panels in die Projektgruppe am DIW für die einzig sinnvolle Option. Eine entsprechende Aufstockung der BLK-Finanzierung wird vom Beirat empfohlen“.

Damit war der Startschuss gegeben. Der Hinweis zur Organisation mag heutzutage als Selbstverständlichkeit gelten; im Frühjahr 1990 ging es aber noch darum, ob die BRD die Sozialberichterstattung über die DDR einfach „übernehmen“ könne und sollte. Mögliche Probleme politischer Incorrectness wurden vom SOEP-Beirat aber zugunsten einer sachlich angemessenen Lösung zurückgestellt. Von den westdeutschen Teilnehmern hat auch niemand der Akademie der Wissenschaften der DDR den Start eines Ost-SOEP zugestimmt; letztlich haben auch die Vertreter der Akademie dies nicht gefordert, wenngleich sie – geheimnisvoll – auf die „territorialen Besonderheiten“ ihres Untersuchungsgebiets pochten. Die Arbeitsteilung war dann auch klar: Die ISS-Gruppe war bei der Konstruktion des ersten Fragebogens signifikant beteiligt. Es erfolgte die tatkräftige Unterstützung beim Pretest und eine allererste Publikation mit den neuen Daten (Priller et al. 1990).²⁴ Bereits die zweite Welle in Ostdeutschland benutzte praktisch den auch für Westdeutschland eingesetzten Fragebogen des SOEP.

24 Mit Brief vom 28. Mai 1990 unterbreitete Horst Berger, Akademie der Wissenschaften der DDR, dem SOEP-Beiratsvorsitzenden Hartmut Esser den Vorschlag, „einer Anregung von G. Wagner (DIW) folgend“, zwei „kompetente Sozialforscher der DDR in den Beirat“ aufzunehmen. Dieser Vorschlag wurde niemals aufgegriffen; der Projektleiter hatte – bis zum Studium der Akten für die Niederschrift dieses Beitrags – auch keinerlei Erinnerung mehr daran. Vermutlich war die Anregung aber ehrlich gemeint und nicht bloß gegenüber den DDR-Kollegen taktischer Natur. Ein am 9. März abgeschickter Brief des Demographen Prof. Dr. W. Speigner, ebenfalls ISS in der ADW der DDR (in der damaligen Otto Nuschke Straße 10/11 gelegen, der heutigen Jägerstraße, die parallel zur Mohrenstraße liegt, wo das DIW Berlin seit Juli 2007 residiert), berichtet von einem Panel, das im ISS aufgebaut werden sollte. In den Akten ist keine Antwort zu finden. Faktisch fand ein Gespräch von Jürgen Schupp und Gert Wagner mit Herrn Speigner in Ost-Berlin statt, das aber zu keiner Zusammenarbeit führte, da die Kontakte des WZB mit der ISS-Gruppe „Sozialindikatoren“ um Horst Berger aus SOEP-Sicht aus verschiedenen Gründen als fruchtbarer eingeschätzt wurden. Der Sammelband „Lebenslagen im Wandel – Basisdaten und -analysen für die Entwicklung in den Neuen Bundesländern“ (Projektgruppe Panel 1991) belegt, dass die SOEP-Gruppe bemüht war, die einschlägige sozialwissenschaftliche Kompetenz in der DDR für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Autoren aus den Neuen Bundesländern waren Frank Adler (Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien, BISS), Matthias Förster (HfÖ), Michael Häder (ISS), Birgit Parakenings (IWW), Eckard Priller (ISS) und Michael Steinhöfel (HfÖ).

Bereits einen Tag nach der Beiratssitzung fragt die Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung beim Verwaltungsleiter des DIW, Herrn Henkel, nach, welche Kosten sich bei einer Ausweitung des SOEP auf die DDR ergeben würden. Nach Rücksprache mit Jürgen Schupp nennt Herr Henkel 680 000 DM jährlich (500 000 DM Umfragekosten sowie Kosten für 2 Wissenschaftler und 1 studentische Hilfskraft).

Am 20. März erfolgt ein Treffen von Vertretern des ISS sowie des WZB²⁵ am DIW. Am 7. April legt Infratest ein verbindliches Angebot für ein „DDR-Panel“ vor; und am 9. April geht die „Vorhabenbeschreibung“ für eine „Bundeszuwendung auf Ausgabenbasis (AZA)“ per Post an das BMFT. Der Titel des Vorhabens lautet: „Ein Sozio-ökonomisches Panel in der DDR – Durchführung einer Basiserhebung einer bevölkerungsrepräsentativen Wiederholungsbefragung von 2000 Haushalten in der DDR“.²⁶ Bereits am 10. April gehen die Fragebögen-Entwürfe per Eilboten nach München, wo sie über Ostern im Schreibbüro in SOEP-Form gebracht werden.

Kurz vor Ostern erklärt Harald Uhl vom BMFT auf telefonische Nachfrage des Projektleiters, dass die Finanzierung „nicht gesichert“ sei. Was uns aber „nicht davon abhalten solle, mit den Vorbereitungen fortzufahren“ (dazu hat der erschrockene Projektleiter aber keine Telefonnotiz angelegt). Harald Uhl hatte guten Grund für diese Ermutigung: zwar waren die Mittel im Nachtragshaushalt, den die Bundesregierung aufgelegt hat, noch nicht gesichert. Aber – wie der Projektleiter Jahre später aus dem BMBF erfahren hat – hatte Harald Uhl die notwendigen Mittel bei seinen Kolleginnen und Kollegen zwischenzeitlich „häppchenweise eingesammelt“, da er von dem Vorhaben voll und ganz überzeugt war. Der BMFT-Bewilligungsbescheid – auf Basis des Nachtragshaushalts – kam schließlich mit Datum 18. Juni 1990 über 400 000 DM (Vollfinanzierung); abgeschlossen wurde das Vorhaben ja erst im zweiten Halbjahr 1990 und die eigentliche Befragung ging bis Anfang Juli. Infratest Sozialforschung hatte unternehmerisch gehandelt und war erheblich in Vorleistung getreten. Laut einer Aktennotiz ging der Haushaltsfragebogen bereits zum 15. Mai 1990 in Druck.

Die Unterstützung führender Soziologen und Volkswirte für die Stichprobe C des SOEP war eindrucksvoll und verfehlte ihre Wirkung nicht. Wolfgang Zapf wandte sich – als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) – mit Brief vom 23. April 1990 an den zuständigen Bundesminister Riesenhuber. Er erwähnte – sachlich völlig zutreffend – dass es „aufgrund der Weitsicht Ihrer Mitarbeiter“ möglich sei, die Befragung noch vor der Währungsunion am 1.7. 1990 abzuschließen. Zapf betont auch, dass die Befragung von einem bundesdeutschen Umfrageinstitut (in Kooperation mit einem DDR-Institut) durchgeführt würde, „wodurch die hohen Qualitätsmaßstäbe der bundesdeutschen Sozialforschung gewahrt werden würden“.

Als Vorsitzender des SOEP-Beirats schrieb Hartmut Esser mit Brief vom 26. April an Minister Riesenhuber, dass die C-Stichprobe unbedingt gefördert werden sollte. Andernfalls würde man „mit Recht (...) der hiesigen Sozialwissenschaft (und damit dem Wis-

²⁵ Roland Habich war als Vertreter des WZB dabei.

²⁶ Die Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters wird nachrichtlich mit Brief vom 12. April informiert. Der zuständige Beamte, Heinz-Georg Beyer, spielte mit dem Projektleiter Fußball, sodass Hoffnung bestand, dass der Regierende den Brief tatsächlich liest. Ein Zufall, den man ausnutzen konnte (wenngleich er operativ wohl keine Bedeutung hatte).

senschaftsförderungssystem) später den Vorwurf nicht ersparen können, eine einmalige historische Chance ausgelassen zu haben“. Auch der international hoch geachtete Volkswirtschaftsprofessor Heinz König hat sich – wie er zu Recht schrieb: als Nutzer des SOEP – mit einem Brief vom 27. April 1990 an Minister Riesenhuber ausdrücklich für die „Erweiterung des Sozio-ökonomischen Panels auf die DDR“ ausgesprochen. Und laut einer Aktennotiz des Projektleiters hat SOEP-Begründer Hans-Jürgen Krupp, seit 1988 Senator der Finanzen der Freien und Hansestadt Hamburg, am 7. Mai 1990 Minister Riesenhuber persönlich angerufen, um ihn von der C-Stichprobe zu überzeugen.²⁷ Dies gelang offenbar sehr gut.

Ab der 2. Welle erfolgte die Finanzierung der Stichprobe C im Rahmen der Bund-Länder-Sonderfinanzierung des SOEP über die DFG. Dieser Beschluss, unter dem Antragstitel „Begründung für ein Sozio-ökonomisches Panel in der DDR“, erfolgte auf Antrag des Bundes am 22. Mai 1990 – also zu einem Zeitpunkt, zu dem die BMFT-Finanzierung der ersten Welle formal noch nicht gesichert war. Neben den Umfragekosten (450 000 DM) wurden auch eine weitere Wissenschaftlerstelle und vier studentische Hilfskraftstellen finanziert (sowie – einmalig 1991 – ein leistungsstarker PC für das Datenmanagement).

Praktisch lief die Erhebung der ersten Welle wie folgt ab: Am 20. April 1990 findet eine Infratest-Interviewer-Schulung in Berlin-Ost statt und am 2. Mai kann bereits der Pretest ausgewertet werden. Der Pretest erfolgte mit Unterstützung des ISS und fand in Berlin sowie dem Umland Berlins statt. Auch SOEP-Survey Manager Jürgen Schupp und die für die „Panel-Pflege“ zuständige Mitarbeiterin Elke Holst ließen es sich nicht nehmen, sich persönlich als InterviewerInnen zu betätigen und den rund halbstündigen Fragebogen in Berlin zu testen. Eckhard Priller stellte sich dabei dankenswerterweise als „Begleitperson“ für seine BRD-Forscherkollegen zur Verfügung. Der Instrumententest zeigte nur marginalen Änderungsbedarf für die Produktion des Hauptfragebogens (Priller und Schupp 1990).

Am 7. Mai 1990 stellen Jürgen Schupp und Gert Wagner mit einem Colloquium innerhalb des DIW „Ein Sozio-ökonomisches Panel in der DDR“ vor (Untertitel: „Fragestellungen, Analyseschwerpunkte und Stand der Projektvorbereitung“). Danach wurde der Fragebogen endgültig „verabschiedet“.²⁸

Am 25. Mai 1990 erfolgt schließlich die endgültige Interviewerschulung und die Befragungsunterlagen werden an das Befragungsinstitut des „Rundfunks der DDR“ übergeben. Von den damaligen rund 300 Interviewern sind 2007 noch etwa 50 aktiv. Ein hohes Maß an Kontinuität der Interviewer, die möglichst immer wieder dieselben Haushalte besuchen sollten, wurde erreicht, weil noch während der Feldzeit der ersten SOEP-Welle in

27 Aus im Bewilligungsbescheid unbeabsichtigt ausgedruckten „Kopie-Adressen“ ging schließlich auch hervor, was später die Betroffenen auch persönlich mitgeteilt haben. Wer nämlich die vom BMFT angeschriebenen Gutachter für den Antrag waren: der Volkswirt Heinz König, Mannheim, und der Soziologe Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Zürich.

28 In einem Arbeitspapier des Sonderforschungsbereichs 3, das im Juni 1990 unter dem Titel „Das Sozio-ökonomische Panel im sich einenden Deutschland“ erschien (Wagner und Schupp 1990) wird Roland Habich und der Forschungsgruppe „Sozialindikatoren/Sozialstatistik“ des ISS der ADW der DDR ausdrücklich für ihre Mitarbeit gedankt (also Berger, Hinrichs und Priller). Der Kreis der Berater war aber größer. Gedankt wird auch den Teilnehmern des DIW-Kolloquiums, dem Panel-Ausschuß des Sfb 3, Infratest Sozialforschung, sowie persönlich Heinz P. Galler (Sfb 3 und Universität Bielefeld), Ekkehard Sachse (Hochschule für Ökonomie, Berlin/DDR), Sabine Schenk (Humboldt Universität, Soziologisches Institut) sowie Heinz Vortmann (DIW, Abteilung DDR und östliche Industrieländer). Klaus-Dietrich Bedau und ganz besonders Heinz Vortmann gehörten zu den wenigen Kollegen im DIW, die sich außerhalb der SOEP-Projektgruppe für die Ost-Stichprobe des SOEP engagierten (vgl. Bedau und Vortmann 1991, Frick, Krause und Vortmann 1990, Frick, Bedau, Teichmann und Vortmann 1991)

der DDR der Interviewerstamm²⁹ des Rundfunks der DDR in das neu gegründete Institut „Infratest Burke Berlin (IBB)“ übergang. Die methodischen Anforderungen entsprachen denen der westlichen SOEP-Standards:

- eine Zufallsstichprobe der privaten Haushalte der DDR nach dem Random-Route Verfahren,
- in den ausgewählten Haushalten eine mündlich-persönliche Befragung aller Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren,
- Dokumentation der Befragung und der Befragten-Adresse, die unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorkehrungen eine erneute Befragung aller Befragungsteilnehmer ein Jahr später ermöglichen würde.

Feldschluss war nach der ersten Juliwoche 1990. Dies hieß, dass es Infratest Sozialforschung gelungen war, für die allermeisten Fälle einen letzten „Schnappschuss“ des „Lebens in der DDR“ zu gewinnen.³⁰

Es wurden erfolgreiche Interviews in 2 179 Haushalten, in denen 4 453 befragte Erwachsene lebten, durchgeführt. Im Jahre 2007 waren noch 3 063 Personen aus Stichprobe C als SOEP-Befragte dabei.

Die methodischen Feinheiten der Erhebung sind in einem Sammelband festgehalten, der auch andere Datenbasen umfasste (Projektgruppe Panel 1991).³¹ Eine erste inhaltliche Analyse zu Gemeinsamkeiten wie Unterschieden der Sozialstruktur ist dokumentiert in Schupp und Wagner (1991), ein Vergleich der Einkommenssituation privater Haushalte in der DDR auf Basis der „Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der DDR vom August 1988“ mit Ergebnissen der neuen SOEP-Stichprobe C findet sich in Schwarze, Krause und Frick (1991).

2.3 SOEP-Stichprobe D: Zuwanderer in westdeutschen Privathaushalten

Im Jahr 1990 fand eine zweite Beirats-Sitzung statt, nämlich am 26. Oktober. Hintergrund war wohl die Neugierde aller Beteiligten über den Stand der Stichprobe C. Während andere Studien wie ALLBUS oder auch Wohlfahrtssurvey zu diesem Zeitpunkt noch bei der Vorbereitung einer Vergleichsstudie in Ostdeutschland waren, konnte das SOEP bereits die erfolgreiche Durchführung mit einer Ausschöpfungsquote von sensationellen 70 % berichten.³² So erfreut auch die SOEP-Gruppe selbst mit diesem Ergebnis der Lösung des Problems „Erfassung der Bevölkerung in der DDR“ war, so unzufrieden war man nach wie vor mit dem Zuwanderungsproblem, das folgerichtig im Rahmen dieser Beiratssitzung

29 Neu rekrutiert wurden vor allem Interviewer für die westlichen „Randbezirke“ der DDR, wo aus Sicherheitsgründen niemals Interviews stattgefunden hatten.

30 Vgl. auch von Rosenblatt (1992) und Ziegler (2005: 8).

31 Vgl. auch Schupp und Wagner (1990, 1991) sowie Rosenblatt und Schupp (1991). Zu den ganz besonderen methodischen Problemen gehörte die ISCO-Vercodung der beruflichen Tätigkeiten, da es in der DDR aus westlicher Sicht exotische Tätigkeiten gab. Genannt seien beispielhaft: „Hersteller von Plaste“, „Grillfolienwickler (Bergbau)“, „Ankleider (Opernhaus)“ oder „Brigadier“ (Vorarbeiter).

32 Dass diese hohe Ausschöpfung erreicht wurde lag sicherlich an einer enormen Motivation des Interviewerstamms und auch daran, dass die dort lebenden Privathaushalte noch nicht „überforscht und befragungsmüde“ waren durch Marktforschung und andere Umfrageinstitute.

abermals erneut prominent aufgegriffen wurde. Laut Protokoll hielt der Vorsitzende des Beirats, Hartmut Esser, die Aufrechterhaltung der Repräsentativität des SOEP für primär wichtig, nicht jedoch das Ermöglichen einer speziellen Migrationsforschung. Der Vertreter des BMBF, Herr Uhl, „vertritt eher die gegenteilige Meinung“, so das Protokoll.

Im Hintergrund stand eine grundlegende forschungsstrategische Überlegung. Das SOEP entstand aus einer von Wolfgang Zapf neu begründeten Tradition der deutschen Soziologie, die sich mit sozialstrukturell gewichtigen Gruppen der Gesellschaft auf Basis harter Fakten und nicht mit avantgardistischen Rand-Gruppen beschäftigen wollte („Zwei-Prozent-Soziologie“). Und dies gelang Wolfgang Zapf und Mitarbeitern auf Basis großer Erhebung auch erfolgreich. Dem nachmaligen Projektleiter unvergessen ist eine Bemerkung von Wolfgang Zapf,³³ dass man das Phänomen spät gebärender Frauen (jenseits des 40. Lebensjahres) nicht vorschnell als gesellschaftlichen Trend verallgemeinern dürfe, da – so Zapf mit einer damals durchaus plausiblen Bemerkung – die „Stern-Redakteure“ von ihrer eigenen Lebenssituation vorschnell auf die gesamte Gesellschaft schließen würden. So wahr wie dieses Problem der Dramatisierung der Lebensumstände von publizistisch aktiven Gruppen ist, so schwierig waren die Schlussfolgerungen, die diese Denkschule im Hinblick auf die Weiterentwicklung des SOEP zog.

Im Protokoll der SOEP-Beiratssitzung heißt es lapidar: „Der Beirat unterstützt schließlich Herrn Mayers Vorschlag einhellig, alle Zuwanderer dann in der SOEP-Stichprobe zu repräsentieren, wenn der Anteil der Zuwanderer an der Gesamtbevölkerung einen noch zu bestimmenden Schwellenwert überschreite. In Frage käme eine 3vH- oder 5vH-Klausel (Zapf). Vorteilhaft ist nach Meinung Herrn Essers ein solches Vorgehen deshalb, weil dadurch ein gewisser Automatismus eingerichtet werde, der unabhängig von der Art der Zuwanderer greifen würde“. Und: „Die General-Diskussion führt letztlich zu folgender Beirats-Empfehlung: Die Repräsentativität des SOEP im Querschnitt muss erhalten bleiben. Deshalb soll neben einer Zuwanderer-Stichprobe auch in Betracht gezogen werden, auch Ausländer in den neuen Bundesländern zu befragen, wobei die Stichprobe B im Prinzip beibehalten werden soll. Der Pretest, nicht aber der Instrumententest, können aus Ersparnisgründen abgeschafft werden“.

Die nächste reguläre Beiratssitzung findet am 17. Mai 1991 statt; diesmal ist die SOEP-Gruppe wieder einmal Gast im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Die mögliche Zuwanderer-Stichprobe führt zu einer ungewöhnlich kontroversen Diskussion. Laut Protokoll betont Herr Wagner, dass der durch das SOEP nicht abgedeckte Zuwandereranteil in der Grundgesamtheit der Bevölkerung in Westdeutschland bereits „etwa 4–5 %“ ausmache. „Der Beirat habe bei einer derartigen Größenordnung in seiner Sitzung im vergangenen Jahr geraten, eine Zusatzstichprobe zu ziehen“. Das Drängen des Projektleiters und der Vorschlag des Umfrageinstituts eine Quoten-Stichprobe zu ziehen (wie sie bei der amtlichen Statistik in Form der EVS üblich sei!) kamen nicht gut an; das Protokoll schweigt sich allerdings darüber aus. Am Ende steht eine konstruktive Empfehlung, nämlich ein „Prüfauftrag“, dass „ein entsprechendes Konzept zur automatischen Anpassung der Stichprobe an die neue Grundgesamtheit zu entwickeln und vorhandene Probleme aufzulisten“ seien. „Die Diskussion soll in der nächsten Beiratssitzung fortgeführt werden“. Diese findet dann planmäßig am 30. April 1992 statt. Im „Casino der KAI e.V.“ im

33 Unvergessen, aber völlig unbelegt. Es ist eine persönliche Erinnerung des Autors, damals ein junger Doktorand, an eine Bemerkung von Wolfgang Zapf Anfang der 80er Jahre im „Projektrat“ des Sfb 3 im Raum 320 C im Hauptgebäude der Universität Frankfurt am Main.

Gebäude der „Akademie der Wissenschaften“ am Gendarmenmarkt (dem nachmaligen Sitz der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften).³⁴ Es gab inzwischen hinsichtlich einer Zuwandererstichprobe einen realen Fortschritt, über den allerdings nur im Bericht des Umfrageinstituts kurz berichtet wurde, um Grundsatzdiskussionen möglichst zu vermeiden.

Im Protokoll heißt es: „Es wird zur Zeit eine Voruntersuchung durchgeführt, inwieweit und in welchem Umfang allgemeine Bevölkerungsumfragen Adressmaterial für eine Zuwanderer-Stichprobe liefern können. Dies wird anhand von zwei Stichproben à 4 000 Haushalten überprüft. (...). Über diese Testerhebung, die die Basis für eine regelgebundene Zuwanderer-Stichprobe des SOEP legen können, wird bei der nächsten Beiratssitzung berichtet werden.“

Die nächste Beiratssitzung, am 30. April 1993, bringt – überraschend – die Zustimmung des Beirats für eine Zuwanderer-Stichprobe, die allerdings alles andere als regelgebunden – wie das der Beirat grundsätzlich wünschte – gestaltet wird, da für eine Regelbindung schlicht und einfach nicht die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Der Beirat wurde planmäßig neu berufen und dabei – durch doppelte Besetzung einiger der auf 10 Positionen festgelegten Sitzzahl – vergrößert. So kamen insbesondere die Konstanzer Psychologin Gisela Trommsdorff (zusammen mit Heinz Sahner, Halle) und der Münchener Ökonom Klaus F. Zimmermann (zusammen mit Friedrich Buttler, IAB, Nürnberg) neu in den Beirat.³⁵

Im mittelfristigen Konzept für die SOEP-Stichprobe, das planmäßig im Rahmen der Beiratssitzung diskutiert wurde, war eine Zuwandererstichprobe nicht mehr enthalten. Laut Protokoll spielten dafür die „nach wie vor an einigen Stellen offenen erhebungstechnischen Probleme“ eine Rolle; und „nicht zuletzt auch finanzielle Aspekte“. In Wahrheit wollte es der Projektleiter aber nicht mehr riskieren, wieder als voreiliger Dränger dumm dazustehen. Umso überraschender war – laut Protokoll – die Frage des Beiratsvorsitzenden Hartmut Esser, ob nach zweijähriger Vorbereitungszeit nicht der Zeitpunkt für ein „positives Votum“ gekommen sei. Der Eichstätter Ökonometriker Heinz P. Galler³⁶ betonte die Gefahr einer Nichtrepräsentativität des SOEP. Zumal es außerhalb der Projektgruppe, so heißt es im Protokoll, „keine bessere methodische Kompetenz zur Lösung der Ziehungs- und Erhebungsprobleme gäbe“. Und: „Herr Zimmermann unterstreicht nachhaltig den Wunsch der internationalen Nutzer-Community mit einer SOEP-Zuwandererstichprobe unverzüglich zu beginnen“. Da Infratest Sozialforschung gut vorbereitet war und die SOEP-Projektgruppe zumindest mehrheitlich auch von der Machbarkeit einer Zuwanderer-Stichprobe überzeugt war, wurde schließlich die Beirats-Empfehlung „eine Ergänzung des SOEP durch eine Zuwandererstichprobe mit Nachdruck zu verfolgen“ mit Engagement aufgegriffen. Zur Finanzierung trugen die Mittel maßgeblich bei, die durch

34 „KAI e.V.“ ist ein Begriff, der für ein wichtiges Detail des deutschen Vereinigungsprozesses steht: „Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen e.V.“ (vgl. auch Ziegler 2005).

35 Planmäßig ausgeschieden waren aus dem ehemaligen Sfb 3 Reinhard Hujer, Universität Frankfurt am Main und Karl Ulrich Mayer, MPIB Berlin, der später wieder in den SOEP-Beirat ebenso wie in den DIW-Beirat berufen wurde. Vgl. auch die Liste der SOEP-Beiräte im Anhang 1.

36 Er war als ehemaliger Projektleiter im Sfb 3 (nun in Eichstätt, nach einigen Jahren in Bielefeld) auch neu im Beirat, wo er Reinhard Hujer als einer der Repräsentanten des ehemaligen SPES-Projektes und des Sfb 3 nachfolgte (Richard Hauser, der zweite Repräsentant, blieb weiterhin im Beirat). Dieser Hinweis gibt gute Gelegenheit des persönlichen Dankes: der Autor dieses Beitrags war in den ersten Jahren seiner wissenschaftlichen Arbeit im Sfb 3-Teilprojekt „Mikrosimulation“, das von Heinz P. Galler in Frankfurt am Main geleitet und ungemein inspiriert wurde (vgl. z. B. Galler und Wagner 1986). Der Autor hat viel gelernt, wofür er sehr dankbar ist.

den Wechsel des Projektleiters von einer SOEP-finanzierten Stelle auf einen Lehrstuhl an der Ruhr-Universität Bochum ab September 2002 freigeworden waren.³⁷

Zu den vielen Problemen, die es dann freilich gab und die letztlich alle gelöst wurden, vergleiche Schupp und Wagner (1995).³⁸ Selbst das von einigen als unlösbar angesehene Hochrechnungsproblem konnte dank der Mitarbeit der DIW-Spezialistin für Demografie, Erika Schulz, gelöst werden (vgl. Schulz 1991, Rendtel et al. 1997).³⁹

3 SOEP-Stichproben E bis H: Methodische Verbesserungen

Über die weiteren Teilstichproben, die nach der Etablierung der Subsamples C und D das SOEP gezielt erweiterten, soll hier nur ganz kurz berichtet werden. Die Details der Begründungen und der Diskussionen müssen einem späteren Aufsatz, der das SOEP wissenschaftshistorisch wie surveymethodisch aufarbeitet, vorbehalten bleiben.

Es sei kurz erwähnt, dass eine einzige Leitlinie das Anfügen der weiteren Teilstichproben E bis H leitete, nämlich die methodische Verbesserung der gesamten SOEP-Stichprobe. Dies wurde erreicht durch eine Vergrößerung bzw. Stabilisierung der Fallzahlen (wodurch die statistische Power erhöht bzw. stabilisiert wird), Oversampling einer kleinen, wenngleich selektiven Gruppe (einkommensstarke Haushalte), und durch die kontrollierte Einführung der CAPI (Computer-Assisted-Personal-Interviewing-Erhebungsmethode).⁴⁰

Eine erfolgreich beantragte leichte Erhöhung der für das SOEP verfügbaren Haushaltsmittel⁴¹ führte dazu, dass mit einer vergleichsweise kleinen Zufallsstichprobe, die für die gesamte Bevölkerung in privaten Haushalten in Deutschland repräsentativ war, die Einführung eines neuen Interview-Modus, CAPI, unter experimentell sauberen Bedingungen getestet werden konnte. Teilstichprobe E, die 1 000 Haushalte umfasste, wurde zu diesem Zwecke zweigeteilt und mit CAPI beziehungsweise der konventionellen PAPI („Paper and pencil“-Methode) befragt (jeder Interviewer musste beide Modus anwenden, um Interviewer-Selbstselektion zu verhindern). Im Ergebnis fanden sich keine nennenswerten Effekte, d. h. es gab kein Methodenartefakt. Dieses Resultat wurde von der entsprechenden internationalen Literatur auch bestätigt: Solange Face-to-Face befragt wird, macht die Technologie keinen großen Unterschied. Unterschiede treten vielmehr zwischen Face-to-Face- und Telefon-Interviews auf. Der zweite Methodentest mithilfe von Stichprobe E bezog sich auf einen kontrollierten Wechsel der Erhebungsmethode von PAPI auf CAPI im laufenden Panelbetrieb für die in der ersten Welle noch mit konventioneller Methode befragten Haushalte. Wiederum zeigten sich keine nennenswerten Methodenartefakte und „Computer Assisted Personal Interviewing“ (CAPI) konnte auch in den Alt-Stichproben

37 Der Lehrstuhl erforderte auch Lehre im Bereich „Öffentliche Wirtschaft“. Daraus entstanden Anregungen zur Analyse der „öffentlichen Statistik“ (vgl. Wagner 1997).

38 Es fehlt hier der Platz, um die Diskussion bei der 6. Beiratssitzung am 29. April 1994 darzustellen.

39 Für allererste Publikationen vgl. Schulz und Seiring (1994), Frick und Wagner (1996) sowie Bauer und Zimmermann (1997).

40 Anhand der Leitlinie surveymethodischer Verbesserungen, die nicht einer Erweiterung des Scopes der Erhebung dienen, sind weitere Schritte wünschbar und auch (teilweise) in den nächsten Jahren absehbar: Regelmäßige Ziehung von Auffrischungsstichproben (analog zu den Teilstichproben E und H), Verbesserung der Repräsentation der nicht in Privathaushalten lebenden Bevölkerung, Verbesserung der Repräsentation spezieller Zuwanderungsgruppen, Weiterverfolgung ins Ausland, sowie Verbesserung bzw. Ergänzung der Erhebungsmodi (etwa durch Internet-basierte Instrumente und ggf. Instrumente, die über Mobiltelefone laufen).

41 Diese erfolgte im Rahmen der Bund-Länder-BLK-Finanzierung über die DFG (zur Finanzierungsstruktur siehe den Anhang 3 in diesem Heft).

des SOEP neben das konventionelle Face-to-Face-Interview mit „paper and pencil“ (PA-PI) treten. Inzwischen wird in der internationalen Methodenliteratur ein Multi-Mode-Verfahren als optimal angesehen, um komplexe Daten zu erheben.

Mit Stichprobe E konnte auch getestet werden, ob die Vergrößerung des Stichprobenumfangs des SOEP datenbank- und hochrechnungstechnisch zu bewältigen ist (siehe Spiess und Rendtel 2000). Beide Fragen konnten uneingeschränkt bejaht werden und so wurde die Grundlage für eine Verdopplung der Stichprobengröße mit der Realisierung von Stichprobe F im Jahr 2000 gelegt. Diese vergrößerte die statistische Power des SOEP deutlich. Vor allem der Soziologe Karl Ulrich Mayer setzte sich im Beirat für eine nachhaltige Ausdehnung der SOEP-Stichprobe ein. Er betonte nicht nur die Bedeutung größerer Fallzahlen für die Analyse kleinerer Teilgruppen in der Bevölkerung und damit für die SOEP-basierte Politikberatung, sondern er erkannte auch, dass die Fallzahl der einzelnen Geburtskohorten bei Verdopplung der Stichprobe die Größenordnung der Fallzahl der Lebensverlaufsstudie erreichte und das SOEP zumindest partiell als Nachfolgestudie für die Fortführung des „klassischen“ Lebensverlaufsansatzes angesehen werden konnte. Auch die beiden anderen führenden Panel-Studien – die US-amerikanische PSID und die britische BHPS – lagen mit ihren Fallzahlen inzwischen in ähnlichen Größenordnungen. Das heißt, PSID, BHPS und SOEP wurden von ca. 5 000 Haushalten auf etwa 10 000 Haushalte ausgeweitet.⁴²

Mit Stichprobe G wurde im Jahr 2002 ein für alle Panel-Studien (und die allermeisten Querschnitts-Surveys) weltweit geltendes Problem erfolgreich angegangen: die geringe Zahl von Beobachtungen im Hocheinkommensbereich. Mit Stichprobe G wurden die obersten 2,5 Perzentile der Einkommensverteilung überrepräsentiert (vgl. Schupp et al. 2003 sowie Frick et al. 2007).

Mit Stichprobe H, im Jahre 2006 als repräsentative Stichprobe für die Gesamtbevölkerung (in Privathaushalten) konzipiert, wurde versucht, die regelgebundene Auffrischung der SOEP-Gesamtstichprobe und damit eine langfristige Stabilisierung der Fallzahlen im Querschnitt zu beginnen. Technisch gelang dies auch, wobei jedoch derzeit noch offen ist, inwieweit künftig genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen werden, um wirklich regelhafte Auffrischungsstichproben zu finanzieren.

Für einen Überblick über die Fallzahlen und deren Entwicklung der verschiedenen SOEP-Teilstichproben bis an den aktuellen Rand, vergleiche Göbel et al. (in diesem Heft).

4 **Ausblick**

Dieser Aufsatz, der eine kleine Fußnote in der Wissenschaftsgeschichte darstellt, soll nicht mit einer Zusammenfassung beschlossen werden, sondern mit einigen kleinen Reflektionen über die Schwierigkeiten der Finanzierung und Steuerung einer Längsschnittstudie wie dem SOEP sowie mit einer Frage an die Forschungsförderung; vgl. zu derartigen Fragen und Diskussionen auch die Aufsätze der ehemaligen Beirats-Vorsitzenden Schäfers, Esser, Hamermesh und Trommsdorff (alle in diesem Heft).

⁴² Die enge Kooperationsbeziehung zwischen diesen weltweit führenden Panelstudien und der Zusammenschluss im Cross-National Equivalent File (CNEF) wird ausführlich im Aufsatz von Frick et al. (in diesem Heft) behandelt.

In den 90er Jahren begann die empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung immer mehr zu einer theorietestenden Wissenschaft zu werden. Das im wahrsten Sinne des Wortes einmalige Analysepotential der SOEP-Stichprobe C, die es erlaubt, den Prozess der nahezu revolutionären Wandlung einer ganzen Gesellschaft auf der Mikroebene zu verfolgen, wird zunehmend weniger ausgenutzt. Das zeithistorische Potential dieser Stichprobe wird von den Historikern zwar teilweise gesehen, aber ihnen stehen nicht die notwendigen Methoden(kenntnisse) zur Verfügung. Und für Evaluationsanalysen hat das „natürliche Experiment“ des Falls der Mauer den methodischen Nachteil, dass alle Menschen in der DDR davon betroffen waren und sind. Es gibt keine – zufällig ausgewählte – Kontrollgruppe (sofern man nicht die kühne Annahme macht, dass die Westdeutschen eine Kontrollgruppe darstellen).

Die Unterausnutzung der Transformations-Daten des SOEP liegt daran, dass insbesondere die Ökonomen, die am besten von allen Sozialwissenschaftlern für raffinierte methodische Analysen ausgebildet sind, ganz überwiegend an konkreten historischen Abläufen „als solchen“ kein Interesse mehr haben. Ein Ökonom im Beirat des SOEP erklärte vor Jahren zum Beispiel, dass für ihn die osteuropäische Transformation lediglich als „datengenerierender Prozess“ interessant sei. Und die Zeitgeschichtler, für die das SOEP eine Goldgrube darstellt, haben keine Tradition im „empirischen Arbeiten“, wie sie statistisch gestützte Analysen nennen (verkennend, dass auch traditionelle historische Analysen sich mit empirischen Fragen beschäftigen).

Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn die SOEP-Daten (wieder) stärker zeithistorisch analysiert werden würden. Man muss aber auch ganz deutlich sagen: Es spricht absolut nichts gegen den weiteren Ausbau sorgfältiger Evaluationsstudien auf Basis des SOEP, die kausale Aussagen zulassen. Ohne Zweifel werden sich die Sozialwissenschaften insgesamt – zu Recht – in diese Richtung bewegen, die von den Verhaltenswissenschaften und klinischen Studien (die allesamt Längsschnittstudien sind) schon vorgezeichnet ist. Es zeichnet sich deswegen auch immer mehr ab, dass das SOEP als Kontrollstichprobe für Spezialstudien dienen kann (vgl. Geyer et al. 2007). Zudem kann das SOEP z. B. mithilfe von gezielten Verhaltensexperimenten sein Methodenrepertoire signifikant erweitern (vgl. z. B. Fehr et al. 2002). Gleichwohl wäre es einen Versuch wert, die SOEP-Daten (und andere Langzeiterhebungen der empirischen Sozialforschung) den Zeithistorikern nahe zu bringen. Die Zeithistorie sollte davon profitieren, dass sie nicht nur auf das Zitieren von mehr oder weniger passenden statistischen Ergebnissen angewiesen ist, sondern sich – je nach Fragestellung – selbst statistische Ergebnisse aufbereiten kann. Wissenschaftliche „Entrepreneurs“ sind – wieder einmal – gesucht (vgl. auch Friedrich und Meyer-Krahmer 2008).

Als abschließende Frage soll das Problem aufgeworfen werden, ob es heutzutage noch möglich wäre, innerhalb der Forschungsinfrastruktur so flexibel auf ein unvorhersehbares Ereignis wie die deutsche Wiedervereinigung zu reagieren, wie das 1989/90 zum Beispiel im DIW und im WZB in Berlin⁴³ der Fall war. Junge Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sind heutzutage – zu Recht – dazu angehalten, möglichst gut in internationalen Zusammenhängen zu publizieren. Investitionen in Forschungsinfrastruktur, die sich nicht sofort individuell auszahlen, sind schwierig zu organisieren. Klar

43 Dass vor allem im ehemaligen West-Berlin nach dem Fall der Mauer eine ganz besondere Faszination der politisch wie sozialstrukturell bedeutsamen Umwälzungen stattfand, sollte nicht ganz in Vergessenheit geraten.

ist lediglich, dass eine Trennung in „Forschung“ und „Service“ keine Lösung sein kann, denn erstklassige Forschungsinfrastruktur kann nur von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern selbst konzipiert, geschaffen und gepflegt werden. Dieses Problem wird nicht überall gesehen, aber zum Beispiel im Economic and Social Research Council (ESRC) in Großbritannien, wo es bereits länger Erfahrungen mit Forschungsevaluationen gibt, wurde es von erfahrenen Wissenschaftsmanagern deutlich erkannt. Auch sie haben bislang keine Lösung parat – aber erfahrungsgemäß ist das Aussprechen eines Problems auch der erste Schritt zu einer Lösung.

Literaturverzeichnis

- Bauer, Thomas und Klaus F. Zimmermann (1997): Network Migration of Ethnic Germans. *International Migration Review*, 31 (1), 143–149.
- Bedau, Klaus-Dietrich und Heinz Vortmann (1991): Vergleich der DDR-Basisbefragung '90 des Sozio-ökonomischen Panels mit makroorientierten Rahmendaten für das Jahr 1988. In: Projektgruppe Panel (Hrsg.): *Lebenslagen im Wandel – Basisdaten und -analysen für die Entwicklung in den Neuen Bundesländern*. Frankfurt a.M. und New York, Campus, 113–126.
- Büchtemann, Christoph und Jürgen Schupp (1992): Repercussions of Reunification: Patterns and Trends in the Socio-economic Transformation of East Germany. *Industrial Relations Journal*, 23 (2), 90–106.
- Fehr, Ernst, Urs Fischbacher, Bernhard von Rosenblatt, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner (2002): A Nation-Wide Laboratory – Examining Trust and Trustworthiness by Integrating Behavioral Experiments into Representative Surveys. *Schmollers Jahrbuch*, 122 (4), 519–542.
- Frick, Joachim R., Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Heinz Vortmann (1991): Erstellung einer Schichtung der Steuerpflichtigen in der DDR nach ihren Einkünften und sozio-demographischen Charakteristika auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels. Gutachten des DIW im Auftrage des Bundesministers für Finanzen. Berlin.
- Frick, Joachim R., Jan Goebel, Markus M. Grabka, Olaf Groh-Samberg und Gert G. Wagner (2007): *Zur Erfassung von Einkommen und Vermögen in Haushaltssurveys: Hoch-einkommensstichprobe und Vermögensbilanz im SOEP*. SOEPpapers. 19. Berlin.
- Frick, Joachim R., Stephen P. Jenkins, Dean R. Lillard, Oliver Lipps und Mark Wooden (2007): The Cross-National Equivalent File (CNEF) and its Member Country Household Panel Studies. *Schmollers Jahrbuch*, 127 (4), 627–654.
- Frick, Joachim R., Peter Krause und Johannes Schwarze (1991): Haushalts- und Erwerbseinkommen in der DDR. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43 (2), 334–343.
- Frick, Joachim R., Peter Krause und Heinz Vortmann (1990): Die ökonomische Situation von Alleinerziehenden in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren. *Wochenbericht des DIW Berlin*, 57 (42), 598–603.
- Frick, Joachim R. und Michael Steinhöfel (1992): Heiratsverhalten in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland – Der Zusammenhang von Heiratsalter und beruflichem Bildungsabschluß von Ehepartnern. *Das Standesamt*, 45 (9).
- Frick, Joachim R. und Gert G. Wagner (1996): *Zur sozio-ökonomischen Lage von Zuwanderern in West-Deutschland*. DIW Diskussionspapier. 140. Berlin.
- Friedrich, Reinhold und Frieder Meyer-Krahmer (2008): Informationelle Forschungsinfrastruktur in Deutschland und Europa – Zum ESFRI-Prozess in den Sozial- und Gei-

- steswissenschaften. In: Gabriele Rolf, Markus Zwick und Gert G. Wagner (Hrsg.): *Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland - Festschrift für Johann Hahlen zum 65. und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag*. Baden-Baden, Nomos (im Druck).
- Galler, Heinz Peter und Gert G. Wagner (1986): The Microsimulation Model of the Sfb 3 for the Analysis of Economic and Social Policy. In: Guy Orcutt, Joachim Merz und Herrmann Quinke (Hrsg.): *Microanalytic Simulation Models to Support Financial and Social Policy*. Amsterdam und New York, Elsevier, 227–247.
- Geyer, Siegfried, Kambiz Norozi, Monika Zoege, Reiner Buchhorn und Armin Wessel (2007): Life Chances After Surgery of Congenital Heart Disease: The Influence of Cardiac Surgery on Intergenerational Social Mobility. A Comparison Between Patients and General Population Data. *European Journal of Cardiovascular Prevention and Rehabilitation*, 14 (1), 128–134.
- Gornig, Martin, Johannes Schwarze und Michael Steinhöfel (1990): Erwerbstätigkeit und Einkommen von Frauen in der DDR. *Wochenbericht des DIW Berlin*, 57 (19), 263–267.
- Hanefeld, Ute (1987): *Das Sozio-ökonomische Panel – Grundlagen und Konzeption*. Frankfurt a. M. und New York, Campus.
- Kirner, Ellen, Heinz Vortmann und Gert G. Wagner (1990): „DDR: Übergang zum neuen Rentensystem ist schwierig“. *Wochenbericht des DIW Berlin*, 57 (14), 167–171.
- Krause, Peter und Johannes Schwarze (1990): *Die Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR vom August 1988 – Erhebungskonzeption und Datenbankzugriff*. DIW Diskussionspapier. 11. Berlin.
- Priller, Eckard und Jürgen Schupp (1990): *Bericht über eine Vorerhebung für die „Basiserhebung ’90“ des Sozio-ökonomischen Panel in der DDR (Pretestbericht)*. DIW Berlin.
- Priller, Eckard, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner (1990): Arbeitsmarktstrukturen in der DDR. DIW weitet das Sozio-ökonomische Panel auf das Gebiet der DDR aus. *Wochenbericht des DIW Berlin*, 57 (37), 517–524.
- Projektgruppe Panel (Hrsg.) (1991): *Lebenslagen im Wandel – Basisdaten und -analysen für die Entwicklung in den Neuen Bundesländern*. Frankfurt a. M. und New York, Campus.
- Rendtel, Ulrich, Markus Pannenberg und Stefan Daschke (1997): Die Gewichtung der Zuwandererstichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 66 (2), 271–285.
- Rosenblatt, Bernhard von (1992): Go east! Vom Pioniergeist in der Sozialforschung. In: Jaufmann, Dieter, Ernst Kistler und Klaus Meier (Hrsg.): *Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven*. Frankfurt a. M. und New York, Campus.
- Rosenblatt, Bernhard von und Jürgen Schupp (1991): Die Ost-Stichprobe des „Sozio-oekonomischen Panels“ (SOEP). In: Gert G. Wagner, Bernhard von Rosenblatt und Dieter Blaschke (Hrsg.): *An der Schwelle zur Sozialen Marktwirtschaft. BeitrAB 143*. Nürnberg, IAB, 63–69.
- Scheremet, Wolfgang und Jürgen Schupp (1992): Pendler und Migranten – Zur Arbeitskräftemobilität in Ostdeutschland. *Wochenbericht des DIW Berlin*, 59 (3), 22–27.
- Schulz, Erika (1991): *Die Wanderungen ins Bundesgebiet seit 1984*. DIW Diskussionspapier. 28. Berlin.
- Schulz, Erika, Ulrich Rendtel, Jürgen Schupp und Gert Wagner (1993): *Das Zuwanderer-Problem in Wiederholungsbefragungen am Beispiel des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)*. DIW Diskussionspapier. 71. Berlin.

- Schulz, Erika und Kerstin Seiring (1994): *Analyse der beruflichen Eingliederung deutscher Zuwanderer – Ein Beispiel für die logistische Regressionsanalyse mit SPSS*. DIW Diskussionspapier. 102. Berlin.
- Schupp, Jürgen, Tobias Gramlich, Bettina Isengard, Rainer Pischner, Gert G. Wagner und Bernhard von Rosenblatt (2003): Repräsentative Analyse der Lebenslage einkommensstarker Haushalte. Gutachten für das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. DIW Berlin.
- Schupp, Jürgen, Johannes Schwarze und Gert G. Wagner (1989): Geringfügige Beschäftigung. *Wochenbericht des DIW Berlin*, 56 (47), 595–601.
- Schupp, Jürgen und Gert G. Wagner (1990): Die Ost-Stichprobe des SOEP – Konzept und Durchführung der „Basiserhebung 1990“ in der DDR. *ZA-Information Nr. 27*, 163–166.
- Schupp, Jürgen und Gert G. Wagner (1991): Basisdaten für die Beschreibung und Analyse des sozio-oekonomischen Wandels der DDR. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43 (2), 322–333.
- Schupp, Jürgen und Gert G. Wagner (1991): Die DDR-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels – Konzept, Operationalisierungsprobleme und Pretest-Erfahrungen im Hinblick auf die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. *Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 144, 167–177.
- Schupp, Jürgen und Gert G. Wagner (1995): Die Zuwanderer-Stichprobe des sozio-oekonomischen Panels (SOEP). *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 64 (1), 17–26.
- Schupp, Jürgen und Gert G. Wagner (2002): Maintenance of and Innovation in Long-term Panel Studies: The Case of the German Socio-Economic Panel (SOEP). *Allgemeines Statistisches Archiv*, 86 (2), 163–175.
- Schupp, Jürgen und Gert G. Wagner (2008): *Erste Überlegungen für die Teilstichproben C und D des SOEP*. DIW Data Documentation (im Erscheinen).
- Schwarze, Johannes, Peter Krause und Joachim R. Frick (1991): Indikatoren zur Beschreibung der Einkommenssituation in der DDR. In: Projektgruppe Panel (Hrsg.): *Lebenslagen im Wandel – Basisdaten und -analysen für die Entwicklung in den Neuen Bundesländern*. Frankfurt a. M. und New York, Campus, 198–217.
- Spiess, Martin und Ulrich Rendtel (2000): *Combining an Ongoing Panel With a New Cross-sectional Subsample*. DIW Discussion Paper. 198. Berlin.
- Wagner, Gert G. (1998): „Amtliche Statistik“ oder „Statistische Infrastruktur“? – Überlegungen zu den empirischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik. In: Hans N. Weiler (Hrsg.): *Europa-Universität Viadrina Frankfurt(Oder)*. Universitätsschriften – Antrittsvorlesungen VI, 47–70.
- Wagner, Gert G., Joachim R. Frick and Jürgen Schupp (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. *Schmollers Jahrbuch*, 127 (1), 161–191.
- Wagner, Gert G. und Jürgen Schupp (1990): *Das Sozio-ökonomische Panel im sich einenden Deutschland – Diskussion der Stichprobe und Design der „DDR-Basiserhebung 1990“*. Sfb 3 Arbeitspapier. 326.
- Zapf, Wolfgang (1998): Zu organisatorischen Problemen der Sozialwissenschaften und der Sozialberichterstattung. In: Heinz P. Galler und Gert G. Wagner (Hrsg.): *Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung – Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag*. Frankfurt a. M. und New York, Campus, 507–521.
- Ziegler, Hansvolker (2005): *Sozialwissenschaften und Politik bei der deutschen Wissenschafts-Vereinigung. Der Fall der „Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern“ (KSPW)*. WZB Discussion Paper. P 2005-008. Berlin.